



Steueränderungen 2025: So spüren Österreicher die neuen Abgaben!

Die neue Budgetanpassung der österreichischen Regierung bringt ab 1. April 2025 bedeutende steuerliche Änderungen für Bürger und Unternehmen.

Österreich - Österreich steht vor einem steuerlichen Umbruch mit tiefgreifenden Änderungen, die ab dem 1. April 2025 in Kraft treten. Die neue Bundesregierung hat ein umfassendes Maßnahmenpaket vorgestellt, das eine erhebliche Konsolidierung von etwa 1,24 Milliarden Euro für 2025 und 1,65 Milliarden Euro für 2026 ermöglichen soll. So wurde der Spitzensteuersatz für Einkünfte über einer Million Euro auf rekordverdächtige 55 Prozent verlängert, was zusätzliche Einnahmen von rund 50 Millionen Euro pro Jahr erwartet, wie **5min.at** berichtet.

Doch das bedeutet nicht nur höhere Belastungen für Gutverdiener. Auch Raucher müssen künftig tiefer in die Tasche greifen, wenn die Tabaksteuer ansteigt und eine neue Steuer auf E-Zigaretten eingeführt wird, was ebenfalls bis zu 50 Millionen Euro zusätzliche Einnahmen bringen soll. Zudem wird die Wettgebühr auf 5 Prozent erhöht, was eine klare Annäherung an die Spielesteuer darstellt und weitere 50 Millionen Euro in die Staatskassen spülen soll. Besonders bemerkenswert ist die bevorstehende Einführung einer Motorbezogenen Versicherungssteuer für E-Autos, die zwar niedriger bleibt als bei Verbrennern, jedoch ebenso Einnahmen von rund 65 Millionen Euro generieren wird.

Zukunft der Photovoltaikanlagen und

Sondersteuern auf Energiekonzerne

Für Besitzer von Photovoltaikanlagen ändert sich die Lage grundlegend: Ab 1. April 2025 wird die Umsatzsteuer wieder eingeführt, was ein zusätzliches Aufkommen von etwa 175 Millionen Euro für den Staat zur Folge hat. Auch der Energiekrisenbeitrag für hohe Gewinne von Strom- und Energiekonzernen bleibt bestehen und wird bis 2030 verlängert, was dem Staat im Jahr 2025 etwa 200 Millionen Euro an zusätzlichen Einnahmen beschern wird.

Darüber hinaus wird die Bankensteuer angehoben, was zusätzliche 50 Millionen Euro jährlich einbringen soll. Bei den Einsparungen jedoch wird es ernst: Die vom Finanzministerium angekündigte Abschaffung der Bildungskarenz dürfte 2025 Einsparungen von 350 Millionen Euro zur Folge haben. Insgesamt erwartet die Regierung durch diese Maßnahmen eine spürbare Verbesserung der Staatsfinanzen und plant weitere Schritte im Rahmen des Regierungsprogramms, was die Österreicher in den kommenden Jahren mit erhöhten finanziellen Belastungen konfrontieren wird.

Details	
Vorfall	Gesetzgebung
Ort	Österreich
Quellen	• www.5min.at • blog.ultimum.at

Besuchen Sie uns auf: die-nachrichten.at